

Sanierung und barrierefreie Umgestaltung der Pastorate A+B

für die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Vergabe von Projektsteuerungsleistungen

**Angebotsunterlagen
(Vordrucke und Formulare)**

Angebot von:



Hinweis:

Die zur Verfügung gestellten Formblätter sind zwingend zu verwenden. Bitte reichen Sie Ihre Unterlagen unbedingt in der Reihenfolge der Checkliste des Anschreibens ein. Bitte verwenden Sie zudem die in der Bekanntmachung genutzten Nummerierungen (PL1..., WL1..., TL1...).

In den Angebotsunterlagen enthaltene Formulare, Formblätter und Checklisten:

1. Angebot (Anschreiben und Checkliste)
2. Erklärung der Bietergemeinschaft (falls zutreffend)
3. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§§ 123, 124 GWB) [PL1]
4. Eigenerklärung zum Unternehmen [PL2]
5. Nachweis über eine Haftpflichtversicherung oder Eigenerklärung über deren Abschluss im Auftragsfall [PL3]
6. Eigenerklärung über den Umsatz des Bieters in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren [WL1]
7. Eigenerklärung über das jährliche Mittel der Beschäftigten für den maßgeblichen Bereich bzw. Geschäftsbereich [TL1]
8. Formblatt für die Referenzen über die Ausführung von vergleichbaren Leistungen in Bezug auf den zu vergebenden Auftrag [TL2]
9. Angabe von Nachunternehmerleistungen
10. Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen für den Fall der Eignungsleihe
11. Benennung und Qualifikationen der Projektverantwortlichen

1) Angebot

Name des Bieters (Einzelunternehmen/ Bietergemeinschaft)

Postanschrift (bei Bietergemeinschaften nur Anschrift des Bevollmächtigten)

Ev.-Luth. Maria-Magdalena-Kirchengemeinde
Achtern Born 127
22549 Hamburg

Ort/ Datum

ANGEBOT

für das Vergabeverfahren „Projektsteuerungsleistungen für die Sanierung und barrierefreie Umgestaltung der Pastorate A+B für die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (bauwerk-PS-2026)“

Ich/ wir gebe(n) ein Angebot für das o.a. Vergabeverfahren ab.

Bestandteile unseres/ meines Angebots sind folgende Erklärungen und Angaben:

Auskünfte zum Bieter

- ☐ Erklärung der Bietergemeinschaft (sofern einschlägig)
- ☐ Angabe von Nachunternehmerleistungen (sofern einschlägig)
- ☐ Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen für den Fall der Eignungsleihe (sofern einschlägig)

Befähigung zur Berufsausübung (Ziffer III.1.1 der Auftragsbekanntmachung)

- ☐ Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§§ 123, 124 GWB) gemäß § 48 VgV* [PL1]
- ☐ Eigenerklärung zum Unternehmen* [PL2]
- ☐ Nachweis über eine Haftpflichtversicherung oder Eigenerklärung über deren Abschluss im Auftragsfall [PL3]
- ☐ Verpflichtungserklärung zur Zahlung des Vergabemindestlohnes

Erklärungen/ Nachweise zur wirtschaftlichen/ finanziellen Leistungsfähigkeit (Ziffer III.1.2 der Auftragsbekanntmachung)

- ☐ Eigenerklärung über den Umsatz des Bieters in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren* [WL1]

Erklärungen/ Nachweise zur technischen Leistungsfähigkeit/ Fachkunde (Ziffer III.1.3 der Auftragsbekanntmachung)

- ☐ Eigenerklärung über das jährliche Mittel der Beschäftigten für den maßgeblichen Bereich bzw. Geschäftsbereich (kaufmännisch, technisch, sonstiges)* [TL1]

* Die Erklärung/ der Nachweis ist bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied auszufüllen und zu unterschreiben.

- ☐ Referenzen über die Ausführung von vergleichbaren Leistungen in Bezug auf den zu vergebenden Auftrag in den letzten maximal fünf Jahren (Eigenerklärung) [TL2]

Angebotsbestandteile

- ☐ Benennung und Qualifikationen der Projektverantwortlichen
- ☐ Preisblatt (separates Dokument)
- ☐ Konzept für eine schnelle, effiziente und zügige Leistungserbringung

Zur Beantwortung von Fragen und Entgegennahme von Informationen zur Ausschreibung wird der Vergabestelle folgender Ansprechpartner benannt:

Name:	
E-Mail:	
Telefon:	
Fax:	

Ich bin mir/ wir sind uns bewusst, dass wissentlich falsche Angaben oder Erklärungen meinen/ unseren Ausschluss vom Vergabeverfahren zur Folge haben können.

Ort, Datum

Erklärende Person

(bei Bietergemeinschaften nur durch den Bevollmächtigten)

2) Erklärung der Bietergemeinschaft (falls zutreffend)

Hinweis: Die Erklärung ist von allen Mitgliedern durch einen Unterschriftsbevollmächtigten eigenhändig zu unterschreiben!

Bietergemeinschaft:	
---------------------	--

Wir, die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Bietergemeinschaft

Mitglied Übernommener Teilbereich	
Mitglied Übernommener Teilbereich	
Mitglied Übernommener Teilbereich	
Mitglied Übernommener Teilbereich	
Mitglied Übernommener Teilbereich	

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden (ggf. gesondertes Blatt verwenden, sofern mehr als fünf Mitglieder).

Bevollmächtigter Vertreter:	
-----------------------------	--

Wir erklären, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- der bevollmächtigte Vertreter mit uneingeschränkter Wirkung berechtigt ist, für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen,
- der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, im Rahmen des Vergabeverfahrens uneingeschränkt im Namen aller Mitglieder der Bietergemeinschaft zu handeln,
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Ort, Datum

Erklärende Person

Ort, Datum

Erklärende Person

Ort, Datum

Erklärende Person

Ort, Datum

Erklärende Person

Ort, Datum

Erklärende Person

(Ggf. weiteres Blatt verwenden)

3) Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§§ 123, 124 GWB) gemäß § 48 VgV [PL1]

Bieter:	
---------	--

1.) Mir/ Uns ist bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren zwingend ausgeschlossen werden muss, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen:

- a) § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- b) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- c) § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- d) § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- e) § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- f) § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- g) § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- h) den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuches (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- i) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- j) den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten. Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn sie für dieses Unternehmen bei der Führung der Geschäfte selbst verantwortlich gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden gemäß § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) einer Person im Hinblick auf das

Verhalten einer anderen für das Unternehmen handelnden, rechtskräftig verurteilten Person vorliegt.

Ich/ Wir erklären hiermit, dass keine zuvor genannten Verfehlungen vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten.

Sollte eine solche Erklärung nicht möglich sein, sind die erhobenen Vorwürfe, die ermittelnde Stelle sowie der Stand bzw. der Ausgang des Verfahrens kurz darzustellen.

2.) Ich/ Wir erkläre(n), dass ich/ wir meinen/ unseren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung und – soweit erforderlich – Berufsverbänden und/ oder Berufsgenossenschaften nachgekommen bin/ sind.

3.) Mir/ Uns ist bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden können, wenn

a) das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

b) das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,

c) das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Abs. 3 GWB ist entsprechend anzuwenden,

d) der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

e) ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,

f) eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,

g) das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

h) das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder

i) das Unternehmen versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Ich/ Wir erklären hiermit, dass keine zuvor genannten Gründe vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten.

4.) Mir/ Uns ist bekannt, dass die Nichtvorlage oder die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu meinem/ unserem Ausschluss von diesem und künftigen Vergabeverfahren sowie zur Kündigung eines etwa erteilten Auftrags führen kann.

5.) Ich/ Wir verpflichte(n) mich/ uns auch, die vorstehende Erklärung von Nachunternehmern zu fordern und diese vor Zustimmung des Auftraggebers zur Weiterbeauftragung vorzulegen.

Ort, Datum

Erklärende Person

Hinweis: Sofern Sie sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, können Sie auch Nachweise dafür erbringen, dass Sie ausreichende Maßnahmen zur Selbstreinigung getroffen haben (§ 125 GWB). Zu diesem Zweck weisen Sie nach, dass Sie einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet haben, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung beizufügen.

Als ausreichenden Beleg dafür, dass die in § 123 Abs. 1 bis 3 GWB genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber oder Bieter nicht zutreffen, erkennt der öffentliche Auftraggeber alternativ zu den entsprechenden Teilen dieser Eigenerklärung einen Auszug aus einem einschlägigen Register, insbesondere ein Führungszeugnis aus dem Bundeszentralregister oder, in Ermangelung eines solchen, eine gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers oder Bieters an. Als ausreichenden Beleg dafür, dass die in § 123 Abs. 4 und in § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber oder Bieter nicht zutreffen, erkennt der öffentliche Auftraggeber alternativ zu den entsprechenden Teilen dieser Eigenerklärung eine von der zuständigen Behörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bewerbers oder Bieters ausgestellte Bescheinigung an.

4) Eigenerklärung zum Unternehmen [PL2]

Firma	
Rechtsform	
Sitz des Unternehmens	
Gegenstand des Unternehmens	
Geschäftsleitung des Unternehmens	
Unternehmensstruktur (z.B. Muttergesellschaften, Konzernzugehörigkeit, Niederlassungen – Organigramm)	
Darstellung der Gesellschafts- und Kapitalverhältnisse des Unternehmens	
Ggf. Angaben zur zuständigen Niederlassung	

5) Eigenerklärung über das Vorliegen oder den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall [PL3]

Bieter:	
---------	--

Ich erkläre/ wir erklären, dass ich/ wir

- ☐ über eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme für Vermögensschäden je Versicherungsjahr (zweifach maximiert) in Höhe von EUR 2.000.000,- für Personenschäden sowie in Höhe von EUR 1.000.000,- für sonstige Schäden/ Sachschäden verfüge(n).
- ☐ im Auftragsfalle eine entsprechende Versicherung abschließen werde(n).

Ort, Datum

Erklärende Person

6) Eigenerklärung über den Umsatz des Bieters in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren [WL1]

Bieter:	
---------	--

Umsatz [in EUR brutto]	Jahr: 2023	Jahr: 2024	Jahr: 2025
Gesamtumsatz			

7) Eigenerklärung über das jährliche Mittel der Beschäftigten für den maßgeblichen Bereich bzw. Geschäftsbereich in den letzten drei Jahren [TL1]

Bieter:	
---------	--

Jahr: 2023					
Geschäftsbereich	kaufmännisch	technisch	planerisch	sonstige	Gesamt
Anzahl (jahresdurchschnittlich)					
Jahr: 2024					
Geschäftsbereich	kaufmännisch	technisch	planerisch	sonstige	Gesamt
Anzahl (jahresdurchschnittlich)					
Jahr: 2025					
Geschäftsbereich	kaufmännisch	technisch	planerisch	sonstige	Gesamt
Anzahl (jahresdurchschnittlich)					

8) Referenzprojekte über die Ausführung von vergleichbaren Leistungen in Bezug auf den zu vergebenden Auftrag in den letzten maximal fünf Jahren [TL2]

Bieter:	
---------	--

Laufende Nr. der Referenz	
Bezeichnung des Auftrags	
Beschreibung des Auftrags und der wesentlichen Maßnahmen, Auftragsumfang	
Erbrachte Leistungen und Funktion des Bieters/ Geforderte Qualifikationen im Hinblick auf sämtliche Tätigkeiten	
Anzahl der eingesetzten Mitarbeiter	
Leistungszeitraum	
Auftraggeber (AG) mit Anschrift	
Ansprechpartner beim AG mit Kontaktdaten (Telefon, E-Mail)	

Hinweis: Vergleichbar sind Aufträge betreffend die Projektsteuerung von Umbau- und Sanierungsmaßnahmen von Gebäuden insbesondere von Bildungs- und Kultureinrichtungen. (Ggf. weiteres Blatt für zusätzliche Angaben verwenden)

9) Angabe von Nachunternehmerleistungen

Bieter:	
---------	--

Folgende Nachunternehmer sollen eingebunden werden:

Nr.	Name des Nachunternehmers	Vorgesehener Leistungsbereich

(Ggf. weiteres Blatt verwenden)

10) Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen für den Fall der Eignungsleihe

Bieter:	
---------	--

Name und Anschrift des sich verpflichtenden Unternehmens:

Verpflichtungserklärung

Ich/ wir verpflichte(n) mich/ uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bieter diesen mit den Fähigkeiten (Mittel/ Kapazitäten) meines/ unseres Unternehmens für den/ die nachfolgenden Leistungsbereich(e) zur Verfügung zu stehen.

Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen

Vorgelegte Erklärungen/ Nachweise für den Leistungsbereich:

Ort, Datum

Erklärende Person

(Blatt bitte ggf. mehrfach ausfüllen)

11) Benennung und Qualifikationen der Projektverantwortlichen

Bieter:	
---------	--

Folgendes Formblatt ist für jeden Projektverantwortlichen einzeln auszufüllen:

Aufgabe	<input type="checkbox"/> Projektleitung <input type="checkbox"/> Stellvertretende Projektleitung
Name, Vorname	
Beruf/ Qualifikation	
Ausbildung und Berufserfahrung	
Einstieg in den Beruf (Jahr)	
Jetzige Position	
Beginn der jetzigen Position	
Persönliche Referenzen mit Angaben gemäß Formblatt 9: (ggf. gesondertes Blatt verwenden)	